

Pressestimmen

CDU UND DIE KALTE PROGRESSION

Frankfurter Allgemeine

„Nicht viel“ Selbst wenn es den Windmühlkämpfern vom Wirtschaftsflügel der CDU gelingen sollte, ihre Partei zu verpflichten, die Inflationsgewinne der Einkommensteuer noch diese Wahlperiode an die Steuerzahler zurückzugeben, ist nicht viel gewonnen. Denn zum Steuersenken gehören zwei: Bund und Länder. Wenn es um die Einnahmen geht, verstehen die Länder keinen Spaß. Wagt die große Koalition einen neuen Vorstoß, werden die Länder einen Ausgleich ihrer Verluste fordern.

FAZ, Frankfurt

RHEINISCHE POST

„Reförmchen“ Kurz vor ihrem Bundesparteitag hat sich die CDU zu einem Reförmchen aufgegriffen. Zwei Milliarden Euro wollen sie im Wahljahr 2017 den Bürgern zurückgeben, obwohl der Fiskus allein durch Steuerprogression und Inflation acht Milliarden Euro ungerechtfertigt kassiert. Hier wäre mehr Mut angebracht gewesen.

Rheinische Post, Düsseldorf

Kalenderblatt



DAS GESCHAH AM ...

10. Dezember

1929: Thomas Mann erhält für „Buddenbrooks“ den Literatur-Nobelpreis überreicht.

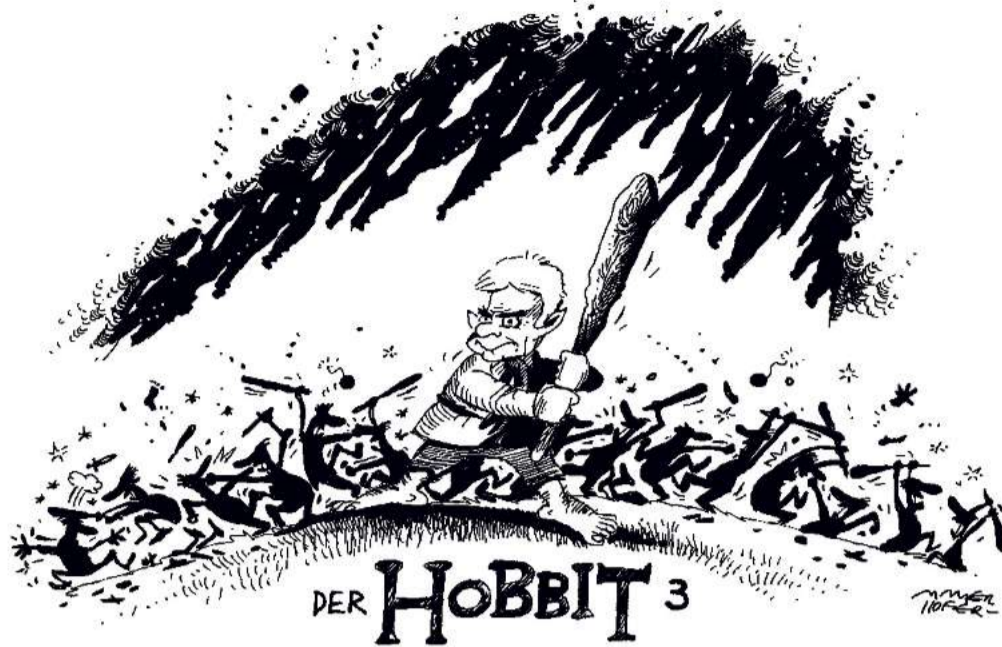
1964: Der amerikanische Bürgerrechtler Martin Luther King erhält den Friedensnobelpreis.

1969: Das britische Unterhaus stimmt für die Abschaffung der Todesstrafe.

1984: Zu Beginn der Rodungsarbeiten für das umstrittene Donaukraftwerk in Hainburg kommt es zu einer Aubesetzung durch 1500 Demonstranten.

LESERBRIEFE

Lesermeinungen finden Sie auf der Leserdialoageite (Seite 19) und im Internet auf: nachrichten.at/leserbriefe



Neu im Kino

Karikatur: Mayerhofer

Menschen

Harald Krüger

Vorzeitiger Fahrerwechsel

Von Susanne Dickstein

Nach acht Jahren an der BMW-Konzernspitze übergibt Norbert Reithofer bei der Hauptversammlung kommenden Mai das Steuer an Harald Krüger. Auch wenn der Zeitpunkt für den Wechsel überraschend kommt, die Wahl des Nachfolgers ist es nicht: Der 49-Jährige ist ein BMW-Eigenbau, hat als Trainee beim Münchner Premiumhersteller begonnen und sitzt seit 2008 im Vorstand. Für das Steyrer Motorenwerk ist Krügers Bestellung ein Vorteil.

Denn der Maschinenbauingenieur aus Freiburg im Breisgau kennt den oberösterreichischen Standort mit seinen knapp 2800 Mitarbeitern gut. Er ist seit eineinhalb Jahren BMW-Produktionsvorstand und in dieser Funktion regelmäßig in Steyr zu Besuch, zuletzt erst Mitte November. Er kenne den hohen Stellenwert des Motorenwerks für den Konzern, heißt es. Wegbegleiter beschreiben ihn als hartnäckigen Manager, der Diskussionen schätze und ein offenes Ohr für die Belegschaft habe.

Wie BMW tickt, das weiß Krüger nach 22 Jahren im Konzern in- und auswendig. Er hat wie in internationalen Organisationen üblich – eine Reihe von Bereichen und Standorten durchlaufen, war unter anderem in den Werken Spartanburg (USA) und Hams Hall (Großbritannien) tätig. 2008 holte ihn sein Vorgänger Reithofer in den Vorstand und vertraute ihm das Personal- und Sozialwesen an. Seit April des Vorjahres ist er Produktionsvorstand und soll bei der Hauptversammlung im Mai kommenden Jahres Norbert Reithofer an der Spitze des BMW-Vorstands ablösen.



Harald Krüger folgt Norbert Reithofer an der Spitze des BMW-Konzerns.

Foto: dpa

Krüger wird mit seinen 49 Jahren der jüngste BMW-Chef seit 40 Jahren sein. Die Fußstapfen, in die er tritt, sind groß, denn unter Reithofers Führung führen die Münchner von einem Erfolg zum nächsten. Im Premiumsegment liegt BMW mit einer Umsatzrendite von 11,7 Prozent deutlich vor seinen Rivalen Audi und Mercedes-Benz. Ganz lässt BMW Reithofer deshalb auch nicht gehen: Er wechselt an die Spitze des Aufsichtsrats.

Leitartikel

Von Gerald Mandlbauer



Früher war alles besser. War es das?

Unser Gedächtnis ist ein vergesslicher Freund, und das hat mit seinem selektiven Umgang mit Vergangenheit zu tun. Es löscht die unliebsamen und schlimmen Erinnerungen, die uns auf Dauer zur nicht bewältigbaren Last werden könnten. Das Gute und Schöne jedoch vergisst es nicht, und damit macht es unser Leben erst erträglich. So bleibt uns ein anderes Leben als das real gelebte in Erinnerung, Vergangenheit findet ihre Verklärung, insbesondere die Kindheit. „Früher ist alles besser gewesen“ – auf diese Feststellung würde sich eine Mehrheit der Bürger ohne Zögern festlegen. Es ist nur nicht richtig.

Das beweist uns im Nachhinein die Statistik. Armut, Arbeitszeit, Einkommen, Gesundheit, Wohlbefinden sind ein paar Schlagworte dazu. Und schon gar nicht passt die Verherrlichung des Zurückliegenden, was unsere Sicherheit betrifft.

Als das Auto ganze Städte ausgerottet hat. Diese Zeiten sind lange vorbei.

Das Leben ist früher überhaupt nicht sicherer gewesen, die Gegenwart ist hingegen viel besser als ihr Ruf. Ganz besonders gut abzulesen ist diese Behauptung an der Verkehrsstatistik.

Natürlich gibt es jedes Jahr zu viele Tote, schreckliche Unfälle, und wenn es noch immer möglich ist, mit 200 Kilometern pro Stunde auf der Donauuferstraße zu rasen, dann ist auch die Behauptung übertrieben, wir hätten alles im Griff. Haben wir nicht!

Aber es ist Gigantisches passiert in den letzten 45 Jahren. Bemühen wir dazu ein paar Zahlen. 1970 sind in Österreich rund 3000 Verkehrstote gezählt worden, 60 pro Woche, nicht ganz zehn pro Tag. Eine blutige Bilanz, im Verkehr wurde während dieser Periode alle zehn Jahre eine mittlere Stadt ausgerottet, heute ist das vergessen.

2014, 45 Jahre später, wird es die wenigsten Toten im Straßenverkehr seit Beginn dieser Aufzeichnungen geben. Das Risiko ist beinahe auf ein Zehntel gesunken.

Die Erklärungen dafür ergeben eine lange Liste: Anschnallpflicht, Airbag, Knautschzonen, bessere Straßen, bessere Autos, elektronische Abstandssysteme, Aufklärung, weniger Verständnis bei jungen Lenkern für Alkohol an Steuer, schärfere Kontrollen. So erhält die Umstrukturierung im Polizeidienst ihren belegbaren Sinn. Die Polizisten sind mehr auf der Straße, diese Anwesenheit zeigt Wirkung. All das passiert um den Preis einer reduzierten Freiheit, aber eben auch einer Freiheit, die nicht bedeuten kann, sich selbst zu gefährden und andere gleich mit.

g.mandlbauer@nachrichten.at

Wirtschaft verstehen

Alternativlose Insolvenz der Hypo Alpe Adria

Die Lektüre des Untersuchungsberichtes der Griss-Kommission zur Hypo Alpe Adria ist jedem Österreicher zu empfehlen. Sie verlangt aber patriotische Resistenz und hinterlässt Gefühle der Empörung, Fassunglosigkeit und zuletzt dann nur noch Scham.

Beschämend als Bürger dieses Landes ist es, folgende Schlussfolgerung lesen zu müssen: „Dem Bund kann nicht zugebilligt werden, dass er seine Entscheidungen (...) zum Wohle der Allgemeinheit getroffen hat.“ Einmal mehr gilt es festzuhalten, dass die von offizieller Seite stets ausgeschlossene Möglichkeit einer Lösung zum

Wohle der Allgemeinheit wahrscheinlich am nächsten kommt: die geordnete Insolvenz. Die Verhandlungsposition der Republik würde sich bei dieser Lösung sofort verbessern, da die Gläubiger der Bank nun ein Interesse hätten, Hand zu bieten zu einer Umschuldung ihrer Forderung. Andernfalls würde ihnen der Totalverlust drohen.

Unnachgiebige Gläubiger könnten nun versuchen, sich in einen langen, teuren und riskanten Rechtsstreit mit der Republik einzulassen. Das werden sie aber kaum tun, wenn man ihnen anbie-



VON TEODORO D. COCCA

tet, die Hypo-Papiere mit einem Abschlag von zum Beispiel 30 Prozent gegen Anleihen der Republik Österreich zu tauschen. Sie würden in diesem Fall immerhin noch 70 Prozent ihrer Gelder retten können. Dem Steuerzahler wäre aber auf jeden

Fall gedient, weil sich seine Rechnung um mehrere Milliarden reduzieren würde.

Festzuhalten ist nochmals die Rechtslage, welche das Finanzministerium selbst wie folgt festhält: „Bei einem Zahlungsausfall eines Bundeslandes gibt es keine Haftung des Bundes und es kann sich

das Land auch sonst nicht an den Bund wenden.“

Es gibt also keine Rechtsgrundlage dafür, dass der Bund für die Schuld der Hypo Alpe Adria bzw. für das Bundesland Kärnten einsteht! Er hat es „freiwillig“ gemacht, weil ein Reputationsverlust der Republik und mögliche Marktreaktionen gefürchtet wurden. Von einem Reputationsverlust im Falle einer Insolvenz zu sprechen nach all dem, was bisher in der Causa geschehen ist, kann nur sarkastisch gemeint sein.

Einen Hinweis auf mögliche Marktreaktionen bei einem Schuldenschnitt hat das im Juli beschlossene Hypo-Sondergesetz

gebracht, bei dem ein Teil der Hypo-Gläubiger gezwungen wurden, den Verlust zu 100 Prozent zu tragen. Die Marktreaktion darauf war folgende: KEINE. Weder die Refinanzierungskosten des Bundes, noch der Länder, noch deren Banken haben sich substantiell verändert. Die Alternativlosigkeit des Insolvenz-Szenarios scheint klarer denn je zu sein, vorausgesetzt es gelingt dieses Mal, das Ganze wirklich professionell anzugehen – zum Wohle der Allgemeinheit.

Teodoro D. Cocca ist Professor für Asset Management an der Universität Linz